

Wirtschaftliche



1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Inhalt: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“. — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitsbilder“ und „Literarische Umschau“. — Mittwoch: „Reise und Wanderung“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 430 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigerpreis: im Zahl 35 Pfennig. Familien Anzeigen nach Zahl 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag: Ullstein, Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer der Redaktion): Dr. Carl Muth, Berlin. Für Rücksendung anwort. Manuskripte ist Porto beizufügen.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentralamt Ullstein: Am Dönhofsplatz 1. 2900—3005, die des Fernverkehrs Amt Dönhofsplatz 3068—3069. Telegr.-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Brotkartell gesprengt

Handelsminister Schreiber unterfragt die Berliner Preis-Bindungen

Der preussische Handelsminister hat sich entschlossen, die Kartell-Notverordnung vom Juli dieses Jahres auf die Berliner Brotfabriken anzuwenden, die sich bisher gemeldet haben, den Brotpreis im vollen Umfange der Abmachungen mit dem Reichs-erzeugungsausschuss herabzulegen. Jegliche Preisbindungen zwischen den Hersteller durch Anwendung des Preussischen Staatsministeriums unterlag.

Ferner werden durch den Minister unterfragt, die unmittelbar oder mittelbar im wesentlichen den wirtschaftlichen Erfolg bestimmenden Faktoren sind, wie die zuvor genannte Preisfestlegung; insbesondere wird unterfragt, die Empfehlungen auszusprechen, die sich auf die Art der Preisfestlegung oder die Förderung von Preisen für Brot beziehen, sowie einen wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Zweck im Sinne der Befolgung bezüglicher Empfehlungen anzuwenden.

Die Kartell-Notverordnung ist das schärfste Mittel, über das die Regierung verfügt, um ihre wichtigsten für die Geltung der Preise durchzusetzen. Sie ist erst einmal angewendet worden, um die Preisbindungen in der Export-Industrie aufzuheben. Das zweitemal trifft sie die Berliner Brotfabriken. Warum gerade die Berliner Brotfabriken, die doch im Gesamtinteresse unserer Wirtschaft kaum eine größere Rolle spielen? Die Antwort ist durch die besonderen Umstände gegeben: es lag in der Entscheidung der Berliner Brotfabriken, eine Senkung des Brotpreises nur um zwei Pfennig statt um vier Pfennig vorzunehmen, ein ekklatantes Beispiel von Unnachgiebigkeit gegenüber einer Forderung von zwin-

genem allgemeinen Interesse. In diesem Falle mußte die Regierung zum äußersten Mittel greifen, um auch die letzten Hindernisse aus dem Wege zu räumen.

Die erste Wirkung des Schrittes des preussischen Handelsministers bei der Bereinigung Berliner Brotfabriken selbst ist allerdings etwas eigenartig. Sie verbreitet eine Erklärung, daß von ihr ein bindendes Verbot über die Preise niemals gefaßt und eine Strafverfügung für Nichtbefolgung abgelehnt worden wäre. Die Bedeutung der Nichtbefolgung des neuen Brotpreises für den Mitglieder in ihr eigenes wirtschaftliches und fiskalisches Interesse gestellt werden, und die Bereinigung könne es einem Mitglied nicht verbieten, unter diesen Preis herabzuzugehen. Bei dieser Sachlage könne daher keine Rede davon sein, daß die Bereinigung der Brotfabriken und die in ihrem Rahmen von ihren Mitgliedern gegangenen Erklärungen unter die Kartell-Notverordnung fallen.

Nach dieser Erklärung bestehen also gar keine Preisbindungen? Wie weit das nicht nur formal, sondern auch sachlich zutrifft, läßt sich ohne Kenntnis der internen Verhältnisse nicht entscheiden. Für die Öffentlichkeit ist aber die Feststellung selbst das Wichtigste: Denn keine Bindungen bestehen, nachdem die Kartellverträge mit Bäckereien um so schneller den notwendigen Ausgleich schaffen können. Denn daß dieser Ausgleich möglich sein muß, möchte man trotz aller Gegenmeinungen und so eher annehmen, als die Brotfabriken bei früheren Gelegenheiten gern auf ihre wirtschaftliche Lebensgelegenheit gegenüber den handwerklich betriebenen Bäckereien hingewiesen haben.

Vor großen Entscheidungen

Von
Dr. Peter Reinhold,
Mitglied des Reichstags

Mit der Zustimmung des Reichstages zu dem Finanz- und Wirtschaftsprogramm Billings hat die Regierung die erste Schlacht ihres Winterkampfes gewonnen. Die Arbeit des Reichstages, die der Kanzler in seinem Schlusswort mit Recht anerkennt, entfiel der alten Tradition vieler Kämpfer: Von jeder von der Reichstag ein Gutachten, das in hervorragendem Maße hohere Arbeit leistete, die nur auf selbst durch Parteipolitik gestützt wurde, deren im Appellat des Reichstages oft so hochgehende Worte meist zu einem fast unermesslichen Pflichten abgeben wurden, ehe sie den nur wenige Schritte entfernten Pflichten des alten Bundesrats erreichten.

Aber diesmal ist der Reichstag über die gedachte Leistung, die sich für gewöhnlich in der ruhigen Atmosphäre seiner von Beratungskommissionen und -Schlichter getragenen Arbeit fast unmerklich vollzieht, wie die Heberge von 50 Millionen Reichsmarkensummen aus dem Vermögen des Reichs an die Länder ist der sichtbare Ausdruck des Kompromisses —, gewiß hat auch diesmal der bayerische Ministerpräsident eine Reservat mentalis gegen das weitere Vordringen der Reichsregierung in die Gebiete der Länderhoheit gemacht. Aber alles in allem ist es doch überaus schnell zu einem einheitlichen Einverständnis der Abgeordneten in die Front der Reichspolitik gekommen, das in seiner Wirkung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Man bedenke nur, was es bedeutet, daß der Gesamtstaat im Reichstag einstimmig angenommen wurde, obwohl die insurrelierenden Regierungen und die preussischen Provinzregierungen teils unter sozialistischen, teils unter völkischen, teils unter deutschnationalem Einfluß stehen; trotzdem fanden sich zu gemeinsamen Handeln zusammen, weil — wie der Ministerpräsident selbst es ausdrückt — „unmittelbare Lebensgefahr für das Reich und damit für die Länder bestand“ und weil es im Hinblick nur Verantwortungsbewußtsein und keine Parteirücklichter geben darf.

So wurde die Zustimmung des Reichstages zu einem großen Sieg für den Kanzler und den Reichsminister der Finanzen, deren Position für die Reichstagsverhandlungen durch das einstimmige Votum der Abgeordneten außerordentlich gestärkt ist. Auch der Reichstag vor der Nation einmütig befehlen, wie es der Reichstag getan hat! Mehrer hört man zuerst laut werden, und schon überwiegt wieder der Argwohn vor dem Göttemurm der Parteien des deutschen Parlamentes unter ganzes öffentliches Bedauern: Einer erzählt dem andern, daß es auf Grund genauer Informationen aus irgendeinem Parteikreis mit Sicherheit wisse, daß das Reichstags-Verhalten im Reichstag keine Mehrheit finden könne.

Legen die Dinge wirklich so kein Zweifel, daß die Parteiverhältnisse in Deutschland heute vornehmlich sind als je zuvor und daß es allmählich fast alle, die sehen wollen, klar geworden ist, daß wir in Deutschland nur ein Vorbild des parlamentarischen Systems haben, das immer weitere Kreise des Volkes der ganzen Welt, die der demokratischen Verfassung die Dreiecksbedeutung gibt, entfremdet und damit die Grundlagen unseres Staates gefährdet. Ein Parlament, das durch die Abstufungen des Repräsentationsmodells in Verbindung mit dem parteilich gebundenen Willen in einer Anzahl von meist nach bestimmten Berufsinteressen orientierten Gruppen zerfällt, kann in Funktion nicht erfüllen, die seit mehr als einem Jahrhundert das englische Unterhaus ausübte, wo ein Sturz der Regierung nur möglich ist, wenn die legislative Opposition sofort bereit und fähig ist, die Regierung zu übernehmen.

Warum funktioniert bei uns das parlamentarische System so schlecht? In erster Linie deshalb, weil im Gegensatz zu dem klaren Verhältnis der Verantwortung zwischen der verantwortlichen Majorität und der kontrollierenden Opposition in England im Reichstag das Kabinett gestützt werden kann, wenn eine inneweilig völlig uneinheitliche und niemals zu ge-

Bethlens Berliner Ziele

Gespräch mit dem ungarischen Ministerpräsidenten

Die Berliner Ziele des ungarischen Ministerpräsidenten Graf Bethlen, der Sonntagabend früh mit einem großen Club teilnehmenden Beamten des Budaerischen Auswärtigen Amtes in Berlin eingefahren ist, ist der vorläufige Schlüssel eines ausgedehnten internationalen Programms, das den ungarischen Ministerpräsidenten durch halb Europa und sogar bis hinunter in die Türkei geführt hat.

Graf Bethlen empfangen einen Mitarbeiter der „Wirtschaftlichen Zeitung“, dem er interessante Erklärungen über seine Berliner Ziele und verlässliche Probleme Süd-Orientens gab.

„Meine Ziele nach Berlin“, sagte Graf Bethlen, „besteht, wie dies von ungarischer und von deutscher Seite bereits betont wurde, nicht den Wunsch eines Vertrages, und sie hat überhaupt nicht das Ziel, weitgehende Aktionen vorzubereiten. Bei diesem Besuch will ich in erster Reihe die aufeinanderwirtschaftlichen Verhältnisse des ungarischen Volkes, die sich seit der Zeit unseres gemeinsamen Kampfes nicht abgeschwächt haben, dem deutschen Volke zum Ausdruck bringen.“

Gewiß ist auch in Aussicht genommen, alle jene politischen Fragen, in denen die Interessen Ungarns und Ungarns denjenigen sind oder wenigstens parallel laufen, mit den Ministern des Deutschen Reiches durchzuführen.

Dann möchte ich die Gelegenheit auch benutzen, an der Herstellung einer beide Teile betreffende handelspolitisch in der Folge zwischen den beiden Ländern zu arbeiten, wodurch manche Enttäuschungen ungarischer Kreise beseitigt würden, die durch die fortgesetzte Beschäftigung unserer Handelsleute entstanden sind.“

Frage: „Wie hat sich in der letzten Zeit die Lage im Südosten Europas, besonders das Serbien-Ungarn-Verhältnis zu seinen Nachbarn entwickelt? Wie denken Sie, wenn Ministerpräsident, über die Verhandlungen, die seit Monaten zwischen den Regierungen geführt werden; was ist Ihre Ansicht über den auch von der Presse diskutierten Balkan-Block?“

Graf Bethlen antwortete: „Die ungarische Regierung ist stets befreit gewesen, das Verhältnis zwischen Ungarn und den Rus-

slorstaaten korrekt zu gestalten. Was darüber hinausgehende Erwartungen best, müßte bedenken, wieweit Fernmengen durch den Friedensvertrag, der Ungarn in so ungerader Weise zurückgelassen, geschaffen worden sind. Sollen wir, daß was ich eben gesagt ist, Ungarns Bedürfnisse berücksichtigen und das ungarische Volk seinen Forderungen erfüllen und das ungarische Volk seinen Forderungen erfüllen und das ungarische Volk seinen Forderungen erfüllen.“

Eine allgemeine Zusammenfassung der Balkanländer wäre im Interesse der friedlichen Entwicklung dieses Gebietes wohl erwünscht. Die an die Verhandlungen zur Schaffung eines Balkanbundes getätigten Folgerungen gehen jedoch weit über das Ziel hinaus, daß meine Ansicht nach den interessierten Regierungen vorzuziehen.“

Am Anhang zu den gestrigen wirtschaftlichen Verhandlungen im Zusammenhang mit dem Reichskanzler zu Wien des Grafen Bethlen und seiner Beistandung ein Programm hat, an dem ungefähr 75 Personen teilnahmen. Einige der Berliner Teilnehmer, Vertreter von Kunst und Wissenschaft, Handel und Industrie sowie die Herren der ungarischen Konsulatsliste und einflussreiche Vertreter der ungarischen Kolonie und Presse in Berlin.

Reichskanzler Dr. Brüning heißt dem Ministerpräsidenten in einer feinen Rede herzlich willkommen und weist auf die enge Verbundenheit hin, die zwischen Ungarn und Deutschland seit vielen Jahren besteht und sich auch während des Weltkrieges im Sinne treuer Kameradschaft bewährt habe. Die Schicksalsverbindung beider Länder habe auch in der gegenwärtigen Zeit, und er hoffe, daß die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen auch ferner dem bisherigen freundschaftlichen Charakter bewahren.

Die Antwort des ungarischen Ministerpräsidenten ist ebenfalls kurz und herzlich. Und er spricht von Verbundenheit, von einem der gleichen Interessen der beiden Völker, erfüllt, daß keinerlei Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen bestehen haben und bestehen und knüpft daran die Hoffnung auf eine enge wirtschaftliche Verbindung.